

Infrastrukturabgabe

Pkw-Maut nimmt Fahrt auf

„Die Infrastrukturabgabe ist fair, sinnvoll und gerecht“, das betonte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt in seiner Rede im Plenum. Am Donnerstag fand die erste Lesung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe im Deutschen Bundestag statt. Die Aussagen des Ministers in der Debatte sowie die wichtigsten Fakten zum Thema finden Sie im Überblick. → Mehr dazu auf Seite 3



Foto: picture alliance / dpa

Bundesminister Alexander Dobrindt bei der Debatte zur Infrastrukturabgabe im Plenum.

Hilfsprogramm für Griechenland

Griechen: Vier Monate mehr Zeit

Diese Entscheidung fiel nicht leicht. Das Hilfsprogramm für Griechenland verlängern – ja oder nein? Der Deutsche Bundestag stimmte am Freitag dafür und gibt so Griechenland weitere Zeit.

„Es geht nicht um neue Milliarden für Griechenland oder um die Veränderung des Programms“, machte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble gleich zu Beginn der Debatte deutlich. Es gehe schlichtweg darum, ein Programm, welches eigentlich schon Ende 2014 ausgelaufen wäre, um vier Monate zu verlängern.

Griechenland hat sich in den vergangenen Wochen verpflichtet, keinerlei einseitige Maßnahmen zu unternehmen, ohne Abstimmung mit Europäischer Zentralbank, Europäischem Währungsfonds und Europäischer Kommission. Zudem legte die griechische Regierung eine Reformliste vor, die sie in den nächsten Monaten umsetzen wolle. Schäuble stellte jedoch klar: Nur nach Überprü-

fung der Troika werden die noch ausstehenden Gelder aus dem Hilfsprogramm gezahlt. Die Griechen sollten sich klar machen, dass die Löhne und Renten in anderen Ländern niedriger sind als bei ihnen. Sanierung sei immer mit Anstrengungen verbunden. Solidarität habe auch immer mit Verlässlichkeit zu tun. Solidarität gibt es nur gegen Solidität.

Dennoch gehe es bei der Frage auch um die Zukunft Europas, machte Schäuble deutlich. „Wir sind in Europa eine Gemeinschaft.“ Dies müsse weiter gelebt werden. Allen voran von uns Deutschen.

Die CSU-Landesgruppe hat zum Hilfsprogramm einen Beschluss gefasst. Diesen finden Sie [hier](#).



Liebe Leserinnen und Leser,

im Bundestag standen diese Woche eine Reihe wichtiger Entscheidungen auf der Tagesordnung. So beginnen wir das parlamentarische Verfahren zur Maut, um das Gesetz noch vor der Sommerpause zu verabschieden und ab 2016 zusätzliches Geld in unsere Infrastruktur investieren zu können. Außerdem steigern wir die Attraktivität der Bundeswehr durch ein Bündel von Maßnahmen.

In der Öffentlichkeit bestimmt allerdings vor allem die Entscheidung über die Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland die Debatte. Ich verhehle nicht, dass uns allen diese Entscheidung nicht leicht fällt. In der Tat hat die neue griechische Regierung mit vielen Äußerungen vor und nach der Wahl das Vertrauen in ihre Fähigkeit zu konstruktiver Zusammenarbeit und zur Programmumsetzung schwer beschädigt. Es ist ihr jedoch nicht gelungen, die übrigen Euro-Länder auseinanderzudividieren. Bundesfinanzminister Schäuble hat durchgesetzt, dass das aktuelle Programm zu den gleichen Bedingungen fortgesetzt wird wie bisher: Solidarität nur gegen Solidität. Die griechische Regierung erhält vier Monate mehr Zeit, die Vereinbarungen umzusetzen. Und nur wenn sie dies nachweislich nach Überprüfung durch die ‚Troika‘ getan hat, können die noch offenen Mittel in Höhe von knapp 3,7 Mrd. Euro ausgezahlt werden. Sie hat damit die Chance bekommen, Vertrauen zurückzugewinnen und in der Realität anzukommen. Wir hoffen, dass sie diese – vielleicht letzte – Chance auch ergreift.

Sie sollte sich dabei ein Beispiel an der portugiesischen Regierung nehmen, die Finanzhilfen des IWF vorzeitig zurückzahlen will. Portugal hat auf Grund der Reformen das Vertrauen am Kapitalmarkt schon so weit wiederhergestellt, dass sie unter günstigeren Bedingungen als beim IWF Kredite aufnehmen kann. Der Bundestag hat dazu den Weg frei gemacht. Nachhaltige Reformen führen ans Ziel.



Alexander Radwan MdB

+++ kurz notiert +++

Koalitionsausschuss

Arbeitgeber Bundeswehr

Die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber wird gesteigert. Ein entsprechendes Gesetz hat der Bundestag am Donnerstag verabschiedet. 20 Einzelmaßnahmen sollen dabei die Bundeswehr wettbewerbsfähig machen, damit sich auch künftig genügend junge Leute für den Dienst bei der Bundeswehr bewerben.

Mali-Einsatz verlängert

Der Bundeswehreininsatz bewaffneter Streitkräfte in Mali wird fortgesetzt. Die Abgeordneten stimmten am Donnerstag in namentlicher Abstimmung für die Verlängerung der EU-geführten Ausbildungsmission. Das Mandat ist bis Ende Mai 2016 befristet. Bis zu 350 deutsche Soldaten sollen an der Mission teilnehmen. Eine Beteiligung an Kampfeinsätzen ist in diesem Mandat nicht vorgesehen.

Mindestlohn-Regeln auf dem Prüfstand

Die Regelungen beim Mindestlohn kommen auf dem Prüfstand. Bis Ostern sollen alle problematischen Bereiche aufgelistet und anschließend bewertet werden. Darauf einigten sich CSU, CDU und SPD am Dienstag beim Koalitionsausschuss im Kanzleramt.



Foto: picture alliance/r. goldmann

Die CSU-Landesgruppe hatte wiederholt Nachbesserungen gefordert. Hauptkritikpunkt sind die Dokumentationspflichten. Denn Unternehmen und Vereine müssen die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter genauestens dokumentieren. „Der Mindestlohn darf kein Bürokratiemonster sein“, sagte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt. In einem Brief an

die zuständige Bundesministerin Andrea Nahles machte sie ihre Bedenken deutlich. Nun gehe es darum, unter anderem die Dokumentationspflichten unter die Lupe zu nehmen und nachzujustieren. „Wir stellen nicht den Mindestlohn grundsätzlich in Frage“, unterstrich Hasselfeldt, „aber wir müssen überbordende Bürokratie vermeiden.“

Diese Woche

Infrastrukturabgabe PKW-Maut nimmt Fahrt auf	1
Hilfsprogramm für Griechenland Griechen: Vier Monate mehr Zeit	1
Koalitionsausschuss Mindestlohn-Regeln auf dem Prüfstand	2
Bundestags-ABC Was ist ein ... Koalitionsausschuss?	2
Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zur Infrastrukturabgabe „Dieser Systemwechsel ist ein echter Meilenstein“	3
Änderung der Kfz-Steuer In Richtung Nutzerfinanzierung	3
Kleinanlegerschutz Zum Schutz der Sparer	4
Außenpolitik Über die Situation in der Ukraine	4
Gentechnik Kein Anbau veränderter Pflanzen	4
Nachhaltigkeitsstrategie Über einen Weltzukunftsvertrag	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Gabriele Ehrenhuber

Redaktion: Inge Niebergall
Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist ein ... Koalitionsausschuss?

Spitzentreffen zu später Stunde: Am Dienstagabend tagte in Berlin wieder der Koalitionsausschuss. Das Gremium, in dem die führenden Politiker von CSU, CDU und SPD über den aktuellen Kurs diskutieren, verhandeln und entscheiden.



Foto: picture alliance/dpa

Der Koalitionsausschuss hat eine wichtige Steuerungsaufgabe. Hier wird die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern in der Regierung und im Bundestag koordiniert – und das auf höchster Ebene. Denn Zutritt zum Koalitionsausschuss hat nur die Führungsriege der Parteien, die an der Regierungskoalition beteiligt sind. In einer Koalition stoßen die unterschiedlichen Programme der jeweiligen Fraktionen aufeinander.

Der Begriff Koalition stammt vom lateinischen Wort „coalescere“ und bedeutet ‚sich einigen‘. Das ist auch das Ziel des Koalitionsausschusses bezogen auf wichtige Themen.

Die Treffen finden in unregelmäßigen Abständen statt. 1961 war übrigens erstmals von einem Koalitionsausschuss die Rede – und zwar im Koalitionsvertrag zwischen CSU, CDU und FDP.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zur Infrastrukturabgabe

„Dieser Systemwechsel ist ein echter Meilenstein“

Es war eines der Wahlversprechen der CSU: die Infrastrukturabgabe für Pkw. Am Donnerstag fand die erste Lesung der sogenannten Pkw-Maut im Deutschen Bundestag statt. Dies sei ein Systemwechsel – weg von der Steuerfinanzierung hin zur Nutzerfinanzierung der Infrastruktur, sagt Minister Alexander Dobrindt. Er machte deutlich, wie wichtig das Vorhaben ist:

Zur Finanzierung der Infrastruktur: „In den meisten europäischen Ländern gibt es drei Säulen der Finanzierung der Infrastruktur: Kfz-Steuer-Systeme, Mineralölsteuersysteme und Mautsysteme. In Deutschland haben wir bisher nur zwei Säulen: die Kfz-Steuer und die Mineralölsteuer. Wir bauen jetzt die dritte Säule, wie sie in unseren Nachbarländern bereits existiert. Dass es dabei zu keinen Mehrbelastungen derer kommen darf, die bisher die beiden ersten Säulen bedienen, ist, glaube ich, geradezu selbstverständlich.“

Zu den Mehreinnahmen: „Wir vollziehen einen echten Systemwechsel von einer vorwiegend steuerfinanzierten zu einer nutzerfinanzierten Infrastruktur. Dadurch bewegen wir 3,7 Milliarden Euro vom Finanzetat in den Verkehrsetat – jedes Jahr, dauerhaft und zweckgebunden. Dadurch sichern wir die Zukunftsfähigkeit unserer Verkehrsnetze und damit Wachstum, Wohlstand und Arbeit von morgen.“

Zum Paradigmenwechsel: „Dieser Systemwechsel ist ein echter Meilenstein in der Finanzierung der Infrastruktur.“



Foto: picture alliance/bildagentur online

Das Verursacherprinzip ‚Wer mitnutzt, der zahlt mit‘ wird umgesetzt. Damit schaffen wir eine breitere Basis für die zukünftige Finanzierungsgrundlage unserer Infrastruktur.“

Zum Maut-Projekt: „Wir haben im Wahlkampf mehr Gerechtigkeit in der Straßenfinanzierung gefordert. Wir haben dafür in den Koalitionsverhandlungen gestritten. Wir haben uns durchgesetzt. Und wir haben jetzt mit der Einbringung einen wichtigen Schritt zur Umsetzung genommen. Wir zeigen: Die Union ist eine politische Kraft, die nicht nur Investitionslücken beklagt

und Zustände beschreibt, sondern entschlossen handelt. Die Infrastrukturabgabe kommt – die Investitionen in unsere Infrastruktur steigen.“

Zur Gerechtigkeitsfrage: „Die Infrastrukturabgabe, sie ist fair, sie ist sinnvoll, und sie ist gerecht. Sie ist fair, weil sie in den meisten unserer Nachbarländer genau so durchgeführt wird. Sie ist sinnvoll, weil jeder Euro, den wir einnehmen, zusätzlich in die Infrastruktur investiert wird, und sie ist gerecht, weil sie zukünftig jeden, der die Straßen nutzt, angemessen an der Finanzierung beteiligt.“

Die Fakten zur Infrastrukturabgabe:

- ◆ Mautpflichtig sind Halter in Deutschland und im Ausland zugelassener Pkw und Wohnmobile. Für deutsche Autofahrer entsteht jedoch durch die Einführung von Freibeträgen bei der Kfz-Steuer keine Mehrbelastung.
- ◆ 3, 7 Milliarden Euro soll die Maut in einer Legislaturperiode an Einnahmen erzielen.
- ◆ Die Gelder sind zweckgebunden und dürfen nur für Infrastrukturprojekte ausgegeben werden.
- ◆ Die Höhe der Abgabe bemisst sich an der Größe und der Umweltfreundlichkeit des Pkw. Bei Wohnmobilen ist das Gewicht ausschlaggebend.
- ◆ Die Erfassung der Mautdaten erfolgt für in Deutschland zugelassene Fahrzeuge elektronisch und unterliegt einem umfassenden Datenschutz.
- ◆ Für Halter im Ausland zugelassener Pkw gibt es Zehntages-, Zweimonats- oder Jahresvignetten.

Änderung der Kfz-Steuer

In Richtung Nutzerfinanzierung

Die sogenannte Pkw-Maut sorgt für einen Systemwechsel: von der steuerfinanzierten hin zu einer nutzerfinanzierten Investition in die Infrastruktur.

Bisher trugen Autohalter in Deutschland über ihre Steuerabgabe an der Finanzierung bei. Damit es durch die Einführung der Infrastrukturabgabe zu keiner Doppelbelastung kommt, werden die Beiträge der Kfz-Steuer nun abgemildert.

Am Donnerstag wurde deshalb ein zweiter Gesetzentwurf in erster Lesung beraten, der das Verkehrssteuergesetz entsprechend abändern soll. Die Entlastung erfolgt in der Höhe, die der Infrastrukturabgabe entspricht.

Zudem sollen mit dem Gesetzentwurf technische Anpassungen bei der Kfz-Steuer umgesetzt werden, die sich aus der Übernahme der Verwaltung durch den Zoll ergeben.

Kleinanlegerschutz



Foto: picture alliance/chromorange

Zum Schutz der Sparer

Die Transparenz von Finanzprodukten und Anlegerinformationen sollen verbessert werden. Damit soll derjenige, der Geld anlegt, die Seriosität, die Renditeaussichten und das Risiko dieser Anlagen besser einschätzen und Risiken abschätzen können. Dies soll das Vertrauen in die in Deutschland angebotenen Finanzdienstleistungen und Produkte stärken.

Die Bundesregierung hat einen entsprechenden Entwurf eines Kleinanlegerschutzgesetzes am Freitag in erster Lesung in den Bundestag eingebracht. Sollte dieser Entwurf zum Gesetz werden, würde dies vor allem Sparer schützen. Denn in der Vergangenheit haben diese zum Teil erhebliche Vermögenseinbußen erlitten, wenn sie in Produkte investierten, die nur einer eingeschränkten Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterlagen.

Außenpolitik



Foto: CSU-Landesgruppe

Über die Situation in der Ukraine

Die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine standen im Mittelpunkt des Gesprächs der CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt mit Oksana Syroyid, Vizepräsidentin der ukrainischen Rada – dem dortigen Parlament. An dem Treffen nahm auch der ukrainische Botschafter in Deutschland teil.

Die Lage im Osten des Landes sei noch immer dramatisch, sagte Syroyid. Andererseits wies sie aber auch auf die derzeit oft zu wenig beachteten Probleme hin, welche die ganze Ukraine betreffen würden. Die Ukraine versuche grundlegende Reformen, zum Beispiel in der Wirtschaft, umzusetzen und die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu verringern. Die Vizepräsidentin bat jedoch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise im ganzen Land um weitere Unterstützung. Hasselfeldt versicherte, die Lage in der Ukraine genau zu beobachten. Deutschland werde sich weiter auf den Gebieten der Diplomatie, Institutionsaufbau und Wirtschaft engagieren.

Gentechnik



Foto: picture alliance/chromorange

Kein Anbau veränderter Pflanzen

Gemeinsames Ziel sei es, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland flächendeckend zu verbieten. Dies stellte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) gleich zu Beginn seiner Rede in der Aktuellen Stunde am Mittwoch klar. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat das Bundesministerium jüngst in die Ressortabstimmung gegeben. Jetzt müsse der Anbau insgesamt sachlich diskutiert werden, forderte der Bundesminister auch von der Opposition.

Die Frage, ob Bund oder Länder für solche Anbauverbote zuständig sind, sei zunächst zweitrangig. „Es muss darum gehen, dass diese Verbote schnell kommen und einer gerichtlichen Überprüfung stand halten“, ergänzte Marlene Mortler, agrarpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe.

Nachhaltigkeitsstrategie



Foto: picture alliance/science photo library

Über einen Weltzukunftsvertrag

17 Ziele für eine bessere Welt: Für eine globale Nachhaltigkeitsagenda schlagen die Vereinten Nationen einen effektiven, transparenten und überprüfbaren Fahrplan bis 2030 vor. Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag einem Antrag der Koalitionsfraktionen zugestimmt, indem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für die Umsetzung der vorgeschlagenen nachhaltigen UN-Entwicklungsziele einzusetzen.

„Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um einen Weltzukunftsvertrag“, unterstrich Dr. Gerd Müller, Bundesminister für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Plenum. Nur gemeinsam könne man die Überlebensfragen der Menschheit lösen: Frieden schaffen, Schöpfung erhalten und für Ernährung, Gesundheit und Energie sorgen und ein Leben in Würde ermöglichen. dabei stelle sich jedoch die globale Gerechtigkeitsfrage ebenso wie die globale Verteilungsfrage. Deshalb brauche Globalisierung Grenzen, soziale und ökologische Vorgaben.